

GERMAN ANGST EDITORIAL

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

„German Angst“ oder „Vollkasko-Mentalität“ – mit diesen Begriffen wird ein Phänomen beschrieben, das als typisch deutsch gilt: Unser Hang zu Bedenkträgerei, Bürokratismus und Existenzängsten. Das macht uns zu zögerlichen Anlegern, die ihr Erspartes am liebsten in die Matratze stecken würden: Die meisten von uns sparen zwar, damit ihr Vermögen wächst (68 %), aber fast genauso viele (59 %) sind nicht bereit, hierfür ein zusätzliches Risiko in Kauf zu nehmen. Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust.

Ein Grund für die Risikoscheu deutscher Anleger mag auch in den fehlenden Kenntnissen wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenhänge liegen: Der Umfrage eines weltweit agierenden Asset Managers zufolge, der auch die oben genannten Zahlen entnommen sind, bewerten fast drei Viertel der befragten deutschen Privatinvestoren das eigene Finanzwissen als „schwach“, und die Hälfte hat keine klare Strategie, wie sie ihre finanziellen Ziele erreichen kann.

In den vergangenen Jahren ist indessen die Masse an Informationen, die ein Anleger beim Treffen einer Anlageentscheidung verarbeiten muss, stetig gewachsen. Der Anlegerschutz verlangt detaillierte Aussagen über das Investment, seine Chancen und Risiken. Nicht jeder dürfte durch die Lektüre dieser Anlageinformationen schlauer geworden sein, geschweige denn selbst- und risikobewusster seine Investmententscheidung getroffen haben. Vielmehr reißen die Meldungen über Kapitalverluste aus Fehlentscheidungen keineswegs ab.

Gehen die Investments schief, folgt ein wohlbekannter Reflex: Es wird nach Vater Staat gerufen, der für weitere Regulierungen und besseren Verbraucherschutz sorgen soll. In manchen Fällen muss am Ende der Steuerzahler zahlen. Ist Eigenverantwortung etwas, das dem deutschen Verbraucher nicht zugemutet werden kann? In unserem Thema des Monats auf Seite 2 werfen wir einen Blick auf die Folgen der Regulierungsbemühungen in Deutschland.

In diesem Sinne: Bleiben wir mutig, Verantwortung für eigene Entscheidungen zu übernehmen.

Seien Sie willkommen zur zehnten Ausgabe der PATIO Direkt News.

Willkommen in unserer Welt!

Ihr Thomas Esterl
Geschäftsführer
PATIO Direkt Emissionsgesellschaft



Editorial	S.1
Thema des Monats	S.2
Zinskommentar	S.2
Marktkommentar	S.3
News	S.3
PATIO Direkt Akademie	S.3
PATIO Direkt Check-In	S.4
Kontaktformular	S.4

PATIO Direkt Eins. Zinsstark bis zum Ziel. Die Kapitalanlage mit Treuebonus.

PATIO Direkt Eins ist maßgeschneidert für Anleger, die eine überdurchschnittliche, feste Verzinsung erzielen möchten. Denn nur so hat das Geld eine Chance auf stattdessen Wachstum trotz Inflation und Abgeltungsteuer. PATIO Direkt Eins ist die neue Zinsstärke für Mitdenker.

Die Quelle der Zinsstärke
Wie ist die Zinsstärke von PATIO Direkt Eins möglich? PATIO Direkt Eins ist unabhängig und hat Zugang zu herausragenden Vermögensverwaltern und Asset-Managern, denen anspruchsvolle Großanleger vertrauen. Mit ihnen investiert PATIO Direkt Eins und kann – dank hoher Erträge und einer schlanken Kostenstruktur – eine feste Verzinsung mit außergewöhnlichen Konditionen bieten.

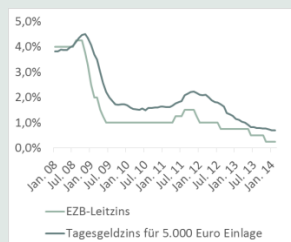
Sie haben Fragen zu PATIO Direkt Eins? Rufen Sie uns an.

Service-Telefon +49 30 20 64 66 73
(Festnetz Deutschland, normale Gesprächsgebühren)

DISCLAIMER

Diese Kundeninformation enthält nicht alle Angaben, die für eine Anlageentscheidung notwendig sind. Grundlage für die Investition ist ausschließlich das jeweilige Emissionsexposé mit den dort beschriebenen Chancen und Risiken, das bei der PATIO Direkt Emissionsgesellschaft mbH, Potsdamer Platz, Erna-Berger-Straße 1, 10117 Berlin zur kostenlosen Ausgabe bereitgehalten wird.

WEITERE ZINSENKUNG WAHRSCHEINLICH ZINSKOMMENTAR



Die Europäische Zentralbank (EZB) hält trotz der niedrigen Inflationsrate im Januar an dem Leitzins von 0,25 % fest. EZB-Präsident Mario Draghi hatte angekündigt, dass die EZB einem Preisverfall entschieden entgegen wirken werde. Die Notenbank müsse die Preisstabilität in beide Richtungen verteidigen und sei bereit, entschlossen zu handeln, wenn es nötig sei.

Die Inflationsrate im Euro-Raum fiel im Januar auf 0,7 % und lag damit deutlich unter dem Zielwert der EZB von knapp unter 2,0 %. Im November hatte eine ähnliche Teuerungsrate zur jüngsten Zinssenkung geführt.

Draghi erläuterte im Anschluss an die EZB-Ratssitzung: Er erwarte zwar auch für die nächsten Monate eine niedrige Inflation, die Risiken der Preisentwicklung seien aber sowohl nach oben als auch nach unten begrenzt.

Als Risiko für die wirtschaftliche Erholung im Euro-Raum nannte Draghi den derzeit massiven Kapitalabfluss aus vielen Entwicklungs- und Schwellenländern und die daraus entstehenden Probleme auf den Geldmärkten. Schwächere Exporte gefährdeten die Euro-Wirtschaft ebenso wie eine schleppende Binnennachfrage und unzureichende Struktur reformen in einigen EU-Staaten.

Experten erwarten nun im März den nächsten Zinsschritt, denn die EZB prognostiziert aktuell für das laufende Jahr eine Inflationsrate von 1,1 %. Sollte diese nach unten korrigiert werden müssen, wäre nach Meinung der Experten eine weitere Zinssenkung unausweichlich.

Ausblick

Die EZB hält zunächst noch an dem aktuellen Zinsniveau fest, die Wahrscheinlichkeit für eine weitere Zinssenkung hat sich jedoch deutlich erhöht. Im Januar notierte der Durchschnittszins auf eine Tagesgeldanlage von EUR 5.000 weiter bei 0,7 % p.a., der Spitzenzinssatz fiel erstmals unter die Marke von 1,4 %.

Der Anleger im „Goldenen Käfig“?



REGULIERUNG: SCHUTZ ODER ENTMÜNDIGUNG? THEMA DES MONATS

„Dort, wo Verbraucher sich nicht selbst schützen können, müssen wir dafür sorgen, dass sie geschützt werden“, sagte der neue Bundesjustizminister Heiko Maas, nachdem der Windparkbetreiber Prokon Insolvenz anmelden musste. Prokon hatte bei mehr als 73.000 Anlegern ca. 1,35 Mrd. Euro über Genussrechte zur Finanzierung von Windparks eingesammelt.

Prokon meldete Insolvenz an, weil viele Anleger kurzfristig ihr Geld abziehen wollten. Schon wurde der Ruf nach dem Staat laut, um die Anleger zu schützen, die in den 18 Jahren des Bestehens von Prokon – so die Unternehmensaussage – kein Geld verloren hatten. Von einem Schneeballsystem war die Rede, bei dem frisch eingesammelte Anlegergelder die Verpflichtungen gegenüber älteren Anlegern erfüllten. Bewiesen ist bislang nichts, und eine Vielzahl der Genussrechtinhaber stellt sich hinter Prokon.

Doch die Anleger müssen vor sich selbst geschützt werden, so die Einschätzung des Staates. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bat in diesem Zusammenhang die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Vorschläge zur Verbesserung des Anlegerschutzes auszuarbeiten. Der Finanzminister ist der oberste Finanzmarktregulierer: Nach einer Phase der Deregulierung haben Krisen im Großen und Erschütterungen im Kleinen zu einem Umkehrschwung geführt. Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wird darum gerungen, die Finanzmärkte durch einen straffen Ordnungsrahmen krisenfester zu machen. Zuviel der Regulierung könnte die genuine Aufgabe des Finanzsektors – die Finanzierung der Wirtschaft – jedoch auch abwürgen.

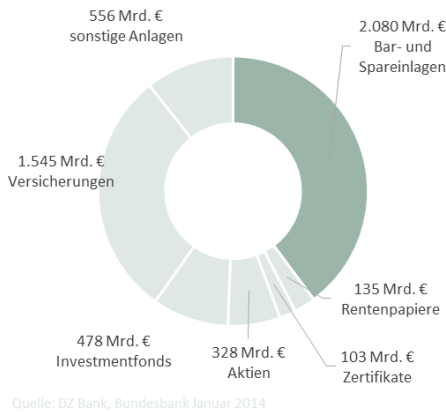
Kaum mehr vorstellbar, dass es Zeiten gab, in der Kapitalanlagen nicht reguliert wurden. Erst mit der Internationalisierung der Finanzmärkte kam es 1994 zur Gründung eines Bundesaufsichtsamtes für Wert-

papierhandel, dem Vorläufer der BaFin, und zur Ratifizierung des Wertpapierhandelsgesetzes, dem ersten umfassenden Regelwerk für den Anlegerschutz. 2002 wurde dann nach den Finanzmarkturbulenzen durch die Anschläge vom 11. September die BaFin als Aufsicht über alle Bereiche des deutschen Finanzmarktes gegründet. Derzeit kümmern sich über 2.300 Mitarbeiter um die Solvenzaufsicht, also die Zahlungsfähigkeit von Kreditinstituten, Versicherern und Finanzdienstleistern, die Marktaufsicht und den Anlegerschutz, indem unerlaubte Finanzgeschäfte untersagt werden. Künftig solle die BaFin auch prüfen, ob bestimmte Finanzprodukte für Anleger zu risikoreich sind, fordert jetzt Bundesjustizminister Maas mit Blick auf die Aufregung um Prokon. Gegebenenfalls soll die BaFin dann die Ausgabe der fraglichen Produkte beschränken, Auflagen für die Produktwerbung erlassen – oder sie ganz verbieten.

Die reflexhafte Forderung nach mehr Regulierung ist verständlich, wenn Menschen alles verloren haben. Einen Rundumschutz beim Investieren kann es indes nicht geben. Er ginge zulasten der unternehmerischen Freiheit und der Vertragsfreiheit. Er könnte die Chancen auf technische Innovationen verbauen, weil Risikokapital nicht mehr vergeben werden könnte. Er würde alle staatlichen Forderungen nach einer privaten Altersvorsorge, die ihren Namen verdient, ad absurdum führen. Tatsächlich ist der Anlegerschutz mit seinen umfassenden Beratungs- und Protokollierungsanforderungen auf einem guten Weg, ohne dass der Gesetzgeber für jeden Bürger einen zulässigen Renditekorridor festlegen müsste.

Stattdessen braucht es den mündigen Bürger in Sachen Finanzen. Fundierte Entscheidungen können aber nur gut informierte Anleger treffen. In Deutschland geben 53 % der Befragten zu, keine Finanzbildung zu haben, so eine für die ING-DiBa durchgeführte Studie von August 2013. 78 % der Deutschen fordern Finanzbildung als Schulfach. Wenn der Staat sich berufen fühlt, aktiv zu werden, dann wäre dies ein sinnvolles Betätigungsfeld.

Private Vermögensverteilung Deutschland



GELDVERMÖGEN WÄCHST NEWS

Rund zwei Billionen Euro in Bar- und Spareinlagen

2013 ist das Geldvermögen der Deutschen um 270 Mrd. Euro auf rund 5.200 Mrd. Euro angestiegen. Das ist ein Plus von mehr als 5,4 %. Aufgrund der niedrigen Inflation dürfte der reale Vermögenszuwachs bei 3,8 % liegen.

Ungeachtet der niedrigen Zinsen, parken dabei die Deutschen immer mehr Geldvermögen als Bar- und Spareinlagen. Nach der im Januar veröffentlichten Studie der DZ-Bank dürften die Bar- und Spareinlagenbestände der privaten Haushalte 2013 auf 2.080 Mrd. Euro gestiegen sein.

Im internationalen Vergleich investierten die Deutschen mit gut 6 % (Ende 2013) nur einen geringen Teil ihres Geldvermögens in Aktien. Dabei machte das anhaltende Niedrigzinsumfeld den Sparern zu schaffen. Weil das Zinsniveau unter der Inflationsrate liegt, ist die Sorge um eine schleichende Entwertung der Geldvermögen aus Sicht der DZ Bank-Experten nicht unberechtigt.

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht



DIE BAFIN PATIO DIREKT AKADEMIE

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt Banken, Finanzdienstleister, Versicherer und den Wertpapierhandel.

Ziele

Ziel der Aufsicht ist es, die Funktionsfähigkeit, Stabilität und Integrität des deutschen Finanzmarktes zu sichern. Bankkunden, Versicherte und Anleger sollen dem Finanzsystem vertrauen können. Daher achtet die BaFin darauf, dass die Marktteilnehmer sich an die einschlägigen Gesetze halten.

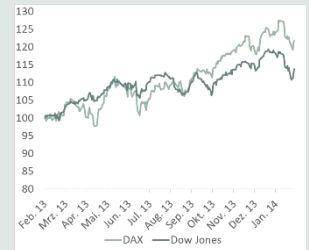
Aufgaben

Als deutsche Allfinanzaufsicht kontrolliert die BaFin rund 1.850 Banken, 680 Finanzdienstleistungsinstitute, etwa 590 Versicherungsunternehmen und 30 Pensionsfonds sowie etwa 6.100 inländische Fonds und 77 Kapitalanlagegesellschaften. Die BaFin trägt mit ihrer Solvenzaufsicht dazu bei, die Zahlungsfähigkeit von Kreditinstituten, Versicherern und Finanzdienstleistern sicherzustellen. Die Marktaufsicht der BaFin soll faire und transparente Verhältnisse an den Märkten gewährleisten. Die dritte wichtige Aufgabe ist der Verbraucherschutz durch die Untersagung nicht erlaubter Finanzgeschäfte.

Organisation

Die BaFin ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihre rund 2.300 Beschäftigten arbeiten an den beiden Dienstsitzen der Behörde in Bonn und Frankfurt am Main. Die BaFin wird geleitet durch ein Direktorium, das aus Präsidentin Dr. Elke König und vier Exekutivdirektoren – für die Wertpapieraufsicht, die Bankenaufsicht, die Versicherungsaufsicht und für den Bereich Querschnittsaufgaben/Innere Verwaltung – besteht. Die BaFin finanziert sich ausschließlich aus Gebühren und Umlagen der beaufsichtigten Institute und Unternehmen und ist damit unabhängig vom Bundeshaushalt.

NERVÖSER JANUAR MARKTKOMMENTAR



Im Januar reagierten die Märkte nervös, als das Federal Open Market Committee verkündete, den Geldmengenzufluss weiter auf USD 65 Mrd. zu senken. Experten fürchten jedoch nicht die Geldmengensenkung, sondern die Geldpolitik zuvor als möglichen Auslöser einer neuen Krise. Zu sehr habe sich die Geldpolitik der FED auf den inländischen Arbeitsmarkt konzentriert. Die nach 2008 generierte Liquidität floss jedoch in den Rest der Welt und löste einen enormen Aufschwung in den Entwicklungs- und Schwellenländern aus, allen voran China.

Jetzt wird Kapital wieder massiv aus den Entwicklungs- und Schwellenländern abgezogen, was dort bereits zu starken Devisenverlusten und deutlichen Zinserhöhungen führte. Die Türkei etwa konnte den Geldabfluss und damit den Währungs Niedergang zwar mittels einer massiven Zinserhöhung von 7,75 % auf 12,0 % bremsen, schwächt dadurch aber ihre eigene Wirtschaft. Eine Multiplikation dieses Szenarios auf die restlichen Entwicklungs- und Schwellenländer könnte sich mit einer gewissen Verzögerung auch auf die Absatzzahlen der Industrieländer auswirken.

Der Goldpreis zeigt sich relativ stabil und nahm im Januar um rund 4,07 % zu. Damit liegt er wieder auf dem Niveau von Anfang Dezember 2013. Großen Appetit zeigt hier China, das 2013 rund eine Mio. Tonnen Gold, vor allem aus dem Westen, importierte, damit Indien überholte und zum weltgrößten Goldkäufer aufstieg. Der Goldpreis dürfte jedoch erst dann an Auftrieb gewinnen, wenn eine erneute Krisenstimmung in den westlichen Ländern die dortigen Investoren einen sicheren Hafen ausserhalb der Unternehmenswelt suchen und ebenfalls nach Gold fragen lässt. Da China kaum Gold zurückgeben wird, dürfte das Angebot so eingeschränkt sein, dass der Goldpreis massiv steigen würde.

Ihr Roger Gut
Chairman of the Board
Invensys Asset Management SA

IMPRESSUM

Service-Hotline
Service-Telefon +49 30 20 64 66 73

Unternehmensanschrift
PATIO Direkt
Emissionsgesellschaft mbH
Potsdamer Platz
Erna-Berger-Straße 1
10117 Berlin

Telefon +49 30 20 62 18 63
Telefax +49 30 20 62 18 64
E-Mail info@patio-direkt.de
Internet www.patio-direkt.de

Sitz der Gesellschaft: Berlin
Geschäftsführer: Thomas Esterl

Verantwortlicher i.S.d. § 55 Abs. 2
RStV: Thomas Esterl

Handelsregister: Amtsgericht
Berlin-Charlottenburg
HRB 145368 B

Erlaubnis nach § 34c GewO/ § 16
MaBV, Aufsichtsbehörde: Stadt
Berlin, Bezirksamt Mitte von Berlin,
Abteilung Wirtschaft und Immobilien,
Ordnungs- & Gewerbeamt,
Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin

Mitglied der Industrie- und Handelskammer Berlin, Fasanenstr. 85,
10623 Berlin

Alle Rechte vorbehalten. Das Newsletter-Abonnement ist für Sie völlig kostenlos und unverbindlich. Alle redaktionellen Informationen in diesem Newsletter sind sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden. Weiterhin ist der Herausgeber nicht für die Inhalte fremder Seiten verantwortlich, die über einen Link erreicht werden. Auch für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Dieser Newsletter ist Freeware und darf – unverändert, ohne Kürzungen und inklusive dieses Impressums – weitergegeben und dupliziert werden.

Das Zitieren, auch auszugsweise, ist nur unter der Quellenangabe www.patio-direkt.de erlaubt.

Wir wissen das Vertrauen, das unsere Leser/-innen in uns setzen, zu schätzen. Deshalb behandeln wir alle Daten, die Sie uns anvertrauen, mit äußerster Sorgfalt. Mehr dazu lesen Sie auf unserer Homepage.

Für Fragen, Anregungen und Kritik wenden Sie sich bitte an die Redaktion dieses Newsletters unter der E-Mail-Adresse:
medien@patio-direkt.de

Falls Sie sich wieder abmelden möchten, Ihre E-Mail-Adresse ummelden möchten oder Sie unwissentlich von einem Dritten angemeldet worden sind, senden Sie bitte eine E-Mail an:
info@patio-direkt.de

Seite 4 von 4



PATIO DIREKT CHECK-IN ZERTIFIZIERUNG

Aktuelle PATIO Direkt Eins-Zertifizierungen in den Monaten März bis April 2014 in Berlin.

07.03.2014 | PATIO DIREKT CHECK-IN
Potsdamer Platz ▪ Erna-Berger-Straße 1 ▪ 10117 Berlin

21.03.2014 | PATIO DIREKT CHECK-IN
Potsdamer Platz ▪ Erna-Berger-Straße 1 ▪ 10117 Berlin

Es finden parallel deutschlandweit Zertifizierungen statt. Gern informieren wir Sie!

04.04.2014 | PATIO DIREKT CHECK-IN
Potsdamer Platz ▪ Erna-Berger-Straße 1 ▪ 10117 Berlin

25.04.2014 | PATIO DIREKT CHECK-IN
Potsdamer Platz ▪ Erna-Berger-Straße 1 ▪ 10117 Berlin

Anfrage | Kontakt per Fax oder per E-Mail

+49 30 20 64 66 74
service@patio-direkt.de

Ich wünsche weitere Informationen zu den nachfolgenden Themen:

- Unser Angebot: PATIO Direkt Eins
- PATIO Direkt – So werden Sie Kunde
- PATIO Direkt – So werden Sie zertifizierter Partner
- PATIO Direkt Eins-Zertifizierung
-

Ich bitte um eine Kontaktaufnahme wie folgt:

- Telefon Fax
- E-Mail Post

Vorname, Zuname

Firmierung (Vollständiger Firmenname inkl. Rechtsform)

Position, Abteilung

Eingetragene Anschrift (Straße, PLZ, Ort)

Telefon, Fax

E-Mail

Datum, Unterschrift